GRÜNER!

PROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL 2014 KURZFASSUNG

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
ERLANGEN

Grüne Liste

Wir treten an

Seit über 35 Jahren vertritt die Grüne Liste in Erlangen eine ökologische und solidarische Politik. Unsere gemeinsame Stadtratsliste von parteiunabhängigen aktiven Menschen und Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen hat deutliche Akzente gesetzt und einiges erreicht.
Zusammen mit vielen anderen grün-alternativen KommunalpolitikerInnen in Bayern haben wir viel Überzeugungsarbeit geleistet; sei es bei ökologischen Themen wie kommunale Energie- und Wasserversorgung, Gleichstellung, Migration, Müll- und Verkehrspolitik, im sozialen Bereich oder bei unserem Eintreten für die Transparenz und Demokratisierung der städtischen Entscheidungsabläufe.

Für ein soziales und ökologisches Erlangen braucht es andere Mehrheiten im Stadtrat. Dafür sind mehr grüne StadträtInnen die beste Voraussetzung.

Bitte geben Sie unseren 50 Kandidatinnen und Kandidaten Ihre Stimme.

Inhalt

- S. 02: Umwelt, Natur- und Klimaschutz
- S. 07: Verkehr- und Stadtplanung
- S. 08: Wohnen
- S. 09: Attraktive Altstadt
- s. 10: Kinder, Jugend, Familie
- S. 11: Wirtschaft und Finanzen
- S. 12: Kandidatinnen und Kandidaten
- S. 14: Soziale Stadt
- S. 16: Schule
- S. 17: Gestaltungsmacht für Frauen
- S. 18: Jenseits der Geschlechterrollen
- S. 19: Sport
- S. 20: Willkommenskultur
- S. 22: Demokratie und Mitbestimmung
- S. 23: Altersgerecht leben

Frischer Wind für Erlangen
Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Saubere Luft, sauberes Wasser und ein gesundes Leben – um das dauerhaft zu ermöglichen stellt die Grüne Liste den Umwelt- und Klimaschutz in Erlangen ganz oben auf ihre Agenda. Dabei sind langfristige Ziele wie die Abschwächung des Klimawandels genauso wichtig wie eine kurz- und mittelfristige Ausrichtung.

Kommunale Energiewende

Auf kommunaler Ebene kann oft mehr bewegt werden als auf dem hundertsten Klimagipfel. Ganz nach dem Motto „Global denken, lokal handeln“ setzt sich die Grüne Liste für die Nutzung erneuerbarer Energien in Erlangen ein.
Die Verbrennung fossiler Brennstoffe erzeugt große Mengen von klimaschädlichem CO2 und hat gleichzeitig zu einer einseitigen Abhängigkeit von endlichen Rohstoffen wie Öl und Gas geführt. In den letzten Jahren hat der Preis für Rohöl mehrmals die Marke von 100 $ pro Barrel überschritten, da die vorhandenen Reserven zur Neige gehen und die Erschließung neuer Lagerstätten zunehmend riskanter und damit auch kostspieliger wird. Damit die Energieversorgung zukünftig bezahlbar, sicher und unabhängig bleibt bzw. wird, gibt es keine Alternative zum Umstieg auf erneuerbare Energien.
Die Reaktorkatastrophe von Fukushima ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Nutzung der Kernenergie keine sichere und günstige Alternative der Energiegewinnung darstellt. Stattdessen birgt sie große Risiken für Mensch und Natur und beinhaltet hohe, versteckte Kosten, z.B. bei der Endlagerung des radioaktiven Mülls oder bei einem Unfall.

Energieverbrauch und -effizienz

Jede nicht verbrauchte Kilowattstunde muss auch nicht erzeugt werden. Der effiziente Umgang mit Energie ist für das Gelingen der Energiewende besonders wichtig.
Der aktuellen Beschlusslage im Stadtrat zufolge soll der gesamte Erlanger Stromverbrauch bis 2030 zu 50 % aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden.
Da dieses Ziel bereits heute nahezu erreicht ist, braucht es ehrgeizigere Zielsetzungen. Wir sind überzeugt, dass es möglich ist, die gesamte Stadt bis 2030 zu 100 % mit regenerativen Energien zu versorgen. Andere Kommunen wie z.B. München weisen uns mit ähnlichen Zielsetzungen den Weg.
Energie einsparen lässt sich durch die sinnvolle Auswahl bei Neuanschaffungen der städtischen Betriebe und Behörden. Hier lohnt ein Blick auf den Energieverbrauch des jeweiligen Produkts. Die Grüne Liste hat in den Haushaltsverhandlungen 2012 die Einrichtung einer Stelle für ökologisches Beschaffungswesen durchgesetzt.

Die energetische Sanierung von Gebäuden ermöglicht die Einsparung enormer Energiemengen. Die Stadt sollte mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Liegenschaften in den nächsten Jahren energetisch auf den aktuellen Stand bringen. Langfristig wollen wir einen Energieverbrauch von weniger als 30 kWh pro qm und Jahr erreichen. In den vergangenen Jahren wurde auf Drängen der Grünen Liste endlich ein

energetisches Sanierungsprogramm für die städtischen Schulen aufgelegt. Energetische Verbesserungen an der Hermann-Hedenus-Schule haben den Energieverbrauch des Gebäudes um 70 Prozent reduziert. Weitere Einsparmöglichkeiten bieten sich zum Beispiel durch den Umstieg auf LED-Straßenbeleuchtung.
Ebenso lohnt ein kritischer Blick auf den Energieverbrauch bei der Errichtung neuer Gebäude. Die Grüne Liste setzt sich dafür ein, dass zukünftig alle Neubauten in Erlangen dem Energie-Plus-Standard genügen müssen und somit im Mittel mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen.

Ein Fördertopf im Sozialhaushalt der Stadt könnte Geringverdienende bei der Anschaffung neuer energiesparender Haushaltsgeräte unterstützen.

Erzeugung von Strom und Wärme

Die Erlanger Stadtwerke (ESTW) sind der wichtigste Energielieferant in Erlangen. Die Grüne Liste hat Ende der 1990er Jahre durch ihre Unterstützung eines Bürgerbegehrens erfolgreich die von der Stadtratsmehrheit betriebene Privatisierung der ESTW verhindert.
Seit einigen Jahren betreiben die Stadtwerke verstärkt den Ausbau regenerativer Energiequellen, zum Beispiel mit den Windparks in Wilhelmsdorf und Wurgau, und konnten damit den Anteil der erneuerbaren Energien auf über 50% des Strommixes anheben. Diese erfreuliche Entwicklung ist nicht zuletzt dem Einfluss der Grünen Liste im Aufsichtsrat der ESTW geschuldet, wo sie seit Jahren auf den Ausbau regenerativer Energien drängt.

Damit die Profite der nachhaltigen Stromerzeugung nicht nur einzelnen Unternehmen oder Großinvestoren zugutekommen ist es wichtig sich (auch mit kleinen Summen) an den Investitionen in erneuerbare Energieformen beteiligen zu können. Als lobenswertes Beispiel für das Engagement Einzelner ist an dieser Stelle die „Bürgergenossenschaft EnergieWende Erlangen und Erlangen-Höchstadt“ (EWERG) zu nennen.
Auch die Sparkasse Erlangen und die Stadtwerke sollen eine Beteiligung an solchen Anlagen bieten, welche durch sichere Zinserträge auch in unruhigen Zeiten attraktiv sind.
Die Grüne Liste fordert eine stärkere Unterstützung für all diejenigen, die die Energiewende selbst in die Hand nehmen wollen. Dies kann beispielsweise durch entsprechende Beratungsangebote oder durch die gezielte Förderung privater Solar- und Windkraftanlagen erfolgen.
Die Förderung von Biogasanlagen für die Stromerzeugung muss kritisch hinterfragt werden. Wir wollen nur Biogasanlagen fördern, die mit Produktionsabfällen der regionalen Forst- und Landwirtschaft bedient werden. Die gezielte Anpflanzung z.B. von Mais zur Energieerzeugung lehnen wir strikt ab.

Sauberes Wasser

Erlangen bietet seinen BürgerInnen Trinkwasser in einer sehr hohen Qualität. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, müssen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in städtischer Hand bleiben.
Neben einer weiteren Verbesserung des Stadtentwässerungssystems sowie einer Überwachung der Einleitungen in das städtische Kanalnetz sind Schmutz- und Regenwasser

möglichst weitgehend zu trennen. Dies verhindert Überlastungen der Kanäle und Kläranlagen und fördert die Grundwasserbildung. Bei Bauvorhaben ist für geeignete Versickerungsmöglichkeiten zu sorgen.
Die Grüne Liste möchte eine kontinuierliche Berichterstattung über den Zustand der Gewässer sowie Projekte in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu Aspekten des Gewässerschutzes.

Verbesserung des Hochwasserschutzes

Der Wald hat eine besondere Bedeutung für die Wasserspeicherung und den Schutz vor Bodenerosion. Die Wiedergewinnung von natürlichen Überschwemmungsflächen und Retentionsräumen ist die wirksamste und sinnvollste Maßnahme zur Minderung der Hochwasserspitzen und -fluten. Naturnaher Auwald kann große Wassermengen zurückhalten und die Strömungsenergie verringern. Talauen sind ein wertvoller Bereich mit hoher Vielfalt an Pflanzen und Tieren. In Erlangen werden wir für den Gewässerentwicklungsplan der Regnitz wieder Elemente eines solchen Refugiums beantragen.

Nachverdichtung statt Flächenfraß

Es spricht für Erlangen, dass hier viele Menschen leben möchten. Doch dafür brauchen wir neuen Wohnraum. Die Nachverdichtung bestehender Stadtteile hat Vorrang vor Baugebieten am Stadtrand und auf Grünflächen.
Erfolgreich hat sich die Grüne Liste gegen den Bau des Gewerbegebiets G6 in Tennenlohe eingesetzt und so zusammen mit anderen Initiativen verhindert, dass die letzte Freifläche in Tennenlohe bebaut wird.

Umweltschutz ist Gesundheitspolitik

Neben Schadstoffen in Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen oder Baustoffen können auch andere Umweltfaktoren zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Gerade in Städten bergen Lärm und Feinstaub Risiken für die menschliche Gesundheit.
Kommunalpolitische Instrumente sind:

- Erstellung einer regelmäßigen Luftreinhalteplanung und Einrichtung eines Bauflächenmanagements mit dem Ziel der umweltverträglichen Ansiedlung von Betrieben.
- Um die Lärmbelästigung zu verringern, spricht sich die Grüne Liste gegen den Ausbau der A73 aus und fordert eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Stadt.

Gentechnikfreie Metropolregion

Drei Viertel der VerbraucherInnen lehnen Gentechnik-Lebensmittel ab. Die Koexistenz zwischen Gentechnik und konventioneller oder ökologischer Landwirtschaft funktioniert nicht. Bereits jetzt sind bei manchen Lebensmitteln Verunreinigungen festzustellen, z.B. Pollen von Gentechnik-Raps im Honig. In Deutschland haben inzwischen über 26.000 landwirtschaftliche Betriebe freiwillig den Verzicht auf Gentechnik erklärt. Die Grüne Liste setzt sich dafür ein, dass Erlangen und das Umland gentechnikfrei bleiben.

Flüsse in der Stadt

Erlangen ist geprägt durch Regnitz, Schwabach und ihre kleineren Zuflüsse. Unser Ziel sind die Durchlässigkeit dieser Gewässer für Fische bis hin zu ihren Laichgebieten, eine ökologische Wasserqualität und die Renaturierung von Bächen und naturnahe Uferflächen. Wir lehnen landwirtschaftlich intensiv genutzte Flächen im Überschwemmungsbereich ab.

Bäume statt Designergrün

Die Baumschutzverordnung und deren konsequente Ausführung ist ein selbstverständliches Thema. Bei Neuanpflanzungen genießen heimische Bäume und Gehölze Vorrang. Wir wollen echte Baumstandorte statt Designergrün. Hecken, alter Baumbestand, Totholz und Höhlenbäume haben in dicht bebauten Gebieten einen nicht zu unterschätzenden ökologischen Nutzen.

Sandlebensräume in Erlangen

Der Exerzierplatz ist als einzigartiges und stadtnahes Biotop besonders schützenwert. Wir treten für den Erhalt und die Ausweitung der Sandlebensräume in der Stadt ein. Nur in diesen Flächen gibt es bestimmte Tier- und Pflanzenarten, die bayernweit einzigartig sind.

Wohnraum für Tiere und Pflanzen

Bei der energetischen Gebäudesanierung sind Brut- und Wohnmöglichkeiten für Gebäudebrüter und Fledermäuse (Spalten / Fensterladen) zu schaffen. Alle können zum Naturschutz beitragen. Eine kleine verwilderte Ecke im Garten, Insektenhotels und anderes schaffen Wohnraum für unsere kleinen Nachbarn und bieten Entdeckungsflächen für Kinder. Gerade die Wohnungsbaugesellschaften sollten diese Ziele bei Planung, Bau und Grüngestaltung berücksichtigen. Parkplätze sind grundsätzlich mit Rasengittersteinen zu versehen. Eine Stadt mit mehr naturbelassenen Plätzen, auch mit Brachflächen, ist lebenswerter.

Abfall

Verringerung des Abfallaufkommens, Schonung natürlicher Ressourcen und möglichst wenig Schadstoffe sind Ziele, die von einer modernen Abfallwirtschaft stärker berücksichtigt werden müssen. Viele weggeworfene Dinge sind keineswegs kaputt. Um der Weiterverwendung dieser Güter ein Forum zu bieten, hat die Grüne Liste die Einrichtung des „Umsonstladen“ im Jahr 2009 unterstützt und wird auch in Zukunft für eine Förderung dieses Projekts eintreten.
Gerade viele Geräte der Elektro- und Unterhaltungsindustrie werden bewusst so konstruiert, dass sie bald nach Ablauf der Garantie ihren Betrieb einstellen. Wird der anfallende Elektroschrott gesammelt, können Rohstoffe recycelt werden. Aufgestellte Tonnen für Elektroschrott sind hier ein erster wichtiger Schritt.

Das „urban mining“ (die Gewinnung von Rohstoffen aus dem Abfall einer Stadt) wird in Zukunft rasant an Bedeutung gewinnen. Die Stadt sollte ihren Müll als wertvolle Ressource betrachten, der gewinnbringend recycelt werden kann.

Bewegungsfreiheit für alle
Verkehr und Stadtplanung

Erlangen soll eine lebenswerte Stadt bleiben, in der es sich gut wohnen und bewegen lässt. Indem wir die Attraktivität des ÖPNVs und des Rad- und Fußverkehrs steigern, können wir den motorisierten Individualverkehr deutlich reduzieren. Wir brauchen ein umfassendes Verkehrskonzept, in das die Umlandgemeinden und -städte einbezogen werden.

Bus und Bahn

- In Erlangen liegt die Nutzung des ÖPNV mit gerade 11 % deutlich unter dem Durchschnitt. Dringend notwendig ist ein Ausbau des ÖPNV-Netzes auch in die umliegenden Gebiete.
- Verbesserung der vorhandenen Busbeschleunigung (Ampeln, Busspuren, etc.) ohne Qualitätsverlust für Fuß- und Radverkehr
- Integrierter Taktfahrplan: gute Anschlüsse zum Regionalverkehr bei gleichbleibender Qualität in einprägsamen Takten
- Ausbau des Nightliner-Angebots, insbesondere ins Umland
- Ausbau der Anschlüsse in nahe gelegene Verkehrsknoten (Nürnberg, Fürth, Bamberg)
- Wetterschutz, Sitzgelegenheiten und Abstellmöglichkeiten in den Wartebereichen
- Stündlicher ICE-Halt in Erlangen

Stadt-Umland-Bahn

Die StUB ist das zentrale Verkehrsprojekt in Erlangen für die nächsten Jahrzehnte. Die Grüne Liste kämpft seit Beginn für dieses Projekt, um die Pendelströme auch in Zukunft bewältigen zu können. Grundsätzlich stimmen wir dem Verlauf des sogenannten T-Netzes zu. Den Bau der Kosbacher Brücke sehen wir als ökologisch problematisch an und setzen uns für die alternative Variante der „Bürgerinitiative für Umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal“ ein. An der gesamten Planung und Durchführung wollen wir die Bürgerinnen und Bürger direkt beteiligen.

Fahrpreise ÖPNV

Wer den Öffentlichen Personen-Nahverkehr nutzt, vermeidet klimaschädliche Emissionen. Eine hohe Auslastung vermindert die Lärm- und Abgasbelastung, spart Parkplätze und erhöht die Wohn- und Lebensqualität in der Stadt.
Die ÖPNV-Nutzung muss deutlich billiger und attraktiver werden als die Fahrt mit dem eigenen PKW.

Einzelne Schritte:
- die Wiedereinführung der Tarifstufe K
- ein „9-Uhr-Ticket“ für 25 Euro pro Monat
- ein Jahresticket für 365 Euro wie in Wien

Mobilität ist ein Grundbedürfnis, auch Geringverdienende, Studierende und ALG II- und SozialhilfeempfängerInnen müssen sich den ÖPNV leisten können. Seit vielen Jahren fordert die Grüne Liste die Einführung von Sozial- und Semestertickets.

Nicht motorisierter Verkehr

Erlangen ist von der Beschaffenheit her eine optimale Fahrrad- und Fußwegstadt. Wir setzen auf öffentliche Plätze, die mehr sind als nur ein Raum für den Verkehr und die den Mobilitätsbedürfnissen aller Menschen entsprechen.

- FußgängerInnenfreundliche Gestaltung öffentlicher Räume, barrierefrei und familiengerecht
- Fußwege haben Vorrang vor dem Autoverkehr
- Verkehrsberuhigte Bereiche bei Um- und Neubauten in Wohngebieten
- Überdachte Aufenthalts- und Sitzmöglichkeiten in stark genutzten Bereichen
- Leistungsfähige Fahrradachsen sowohl im Zentrum als auch von Süden nach Norden und von Westen nach Osten
- Die wichtigen Strecken müssen breit genug und möglichst kreuzungsfrei ausgebaut werden
- Radwege hinter der Gehsteigkante sind gefährlich und unangenehm, sie müssen auf die Fahrbahnfläche
- Gestreute und geräumte Radwege im Winter
- Ein Fahrradparkplatz am Bahnhof und Abstellmöglichkeiten bei Arbeitsplätzen und Geschäften

Weniger Auto

Mehr Bewegung in der Verkehrspolitik und eine Verlagerung weg vom eigenen Auto ist die Devise. Wir möchten den motorisierten Durchgangsverkehr eindämmen, machen uns für Tempo 30 in der Stadt stark und wünschen uns langfristig eine autofreie Innenstadt – für mehr Lebensqualität!

Ein Zuhause für alle Bedürfnisse

Mangelware Wohnraum

Erlangen ist geprägt von Wohnungsknappheit und rapide steigenden Mieten. Unser Schwerpunkt ist der Neubau von preiswerten Mietwohnungen. Bei Neubauten und Gebäudesanierungen gilt: Im Vordergrund stehen Energieeinsparung, Barrierefreiheit und eine flexible Wohnraumgestaltung. Grünflächen, Spielplätze und Aufenthaltsräume sowie Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit-, Sport- und Kulturangebote sollen feste Strukturmerkmale in jedem Wohngebiet sein.

Unsere Forderungen:

- Neubau von Mehrgeschosswohnungen mit angemessener Nachverdichtung.
- Beim Um- und Neubau von gewerblich genutzten Gebäuden muss stets geprüft werden, ob auch Wohnungen integriert werden können.
- Bessere Zuschüsse und Beratungen für Energieeinsparmaßnahmen auch im Mehrgeschosswohnungsbau.
- Neubauten werden kinder-, familien-, alten- und behindertengerecht angelegt oder müssen später entsprechend umgebaut werden können. Energiespar- und Passivhäuser werden der Regelfall.
- Wohnungsformen wie z.B. Wohngemeinschaften/Wohnprojekte für Ältere, Alleinerziehende und Mehrgenerationenhäuser sind von der Stadt zu fördern.

- Bessere ÖPNV-Anbindung in den Randlagen.
- Bei der Ausweisung neuer Baugebiete wird künftig grundsätzlich mindestens 50 % der Fläche für den Mietwohnungsbau und davon mindestens 50 % für den Sozialwohnungsbau vorgesehen.
- Bei Bauvorhaben von Privatinvestoren wird zur Auflage gemacht, dass mindestens 30 % öffentlich gefördert sind.

Attraktive Altstadt
Wohnen, Kultur und Geschäftsleben

In der Erlanger Altstadt wohnen ca. 10.000 Menschen. Es gibt viele Geschäfte und ein breites Kulturangebot. Dieser Mix ist etwas Besonderes und erhaltenswert.
Unser Ziel ist eine lebendige Altstadt mit einem verkehrsberuhigten Bereich ohne Autoverkehr von der Henkestraße bis zum Martin-Luther-Platz und von der Bahnlinie bis zum Schlossgarten.
Attraktive Plätze und Einrichtungen offen für alle bilden den sozialen Kern. Neben Geschäften, Gaststätten und Kneipen darf es an Rückzugsmöglichkeiten nicht fehlen. Das Herzstück der Altstadt ist ein ausreichendes Wohnungsangebot für alle Bevölkerungsschichten.
Das sind unsere nächsten Schritte:
- Eine tatsächliche Verkehrsberuhigung der Goethe-, Heuwaag- und der nördlichen Hauptstraße. Ein Mediationsverfahren, bei dem sich alle einbringen können, wäre hier ein erster Schritt.
- Der Durchgangsverkehr wird im Zuge des so genannten „Erlanger U“ herausgenommen und über die A 73 geführt. Sinnvoll ist die Sperrung der Neuen Straße auf Höhe der Kliniken für den Durchgangsverkehr.
- Es werden mehr Bänke und öffentliche, barrierefreie Toiletten aufgestellt.
- Parkmöglichkeiten außerhalb der großen Plätze werden abgebaut und die verbleibenden für Anwohnende und als Behindertenparkplätze zur Verfügung gestellt.
- Der Markt soll attraktiver gestaltet werden.
- Jugendliche brauchen nichtkommerzielle Freiräume.

Schwung in die Stadt
Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

Kinder- und Jugendpolitik ist Zukunftspolitik. Gelder in diesem Bereich sind lohnende Investitionen und müssen aufgestockt werden.

Unterstützung für Eltern und Familien

Optimale Förderung für Kinder beginnt bereits vor der Geburt. Kein Kind kann etwas für die Situation, in die es hineingeboren wird. Es ist Aufgabe der Stadt, dafür zu sorgen, dass die Umstände für junge Eltern und ihre Kinder so gut wie möglich sind und sie die größtmögliche Unterstützung erhalten.

Kinder- und jugendgerechtes Umfeld

Wir setzen auf eine Stadt, die für Familien mit Kindern und für Jugendliche attraktiv ist:

- Neuer Wohnraum wird mit und für Kinder, Eltern und ältere Menschen geplant.
- Jugendfarm, Jugendclubs und Jugendtreffs werden im Etat aufgestockt und mehr außerschulische Ferienbetreuungsangebote für Kinder und Jugendliche geschaffen.
- Immer mehr Jugendliche sind hoch verschuldet. Deshalb wird für sie eine spezielle Schuldenberatung eingerichtet, die auch präventiv mit den Schulen zusammenarbeitet.
- Alle Kinder aus kinderreichen Elternhäusern mit geringem Einkommen können wesentlich verbilligt oder kostenlos Angebote für Sport, Musik, Tanzschule etc. nutzen.
- Der Kindertarif im öffentlichen Nahverkehr wird bis zum 18. Lebensjahr bzw. auf alle Schülerinnen und Schüler und Auszubildenden ausgeweitet.
- In der Innenstadt wird ein neuer Jugendtreff am E-Werk geschaffen.
- Neubau der Meilwaldbühne

Betreuung für Kinder

Jedes Kind hat nur eine Chance: Einmal versäumte Entwicklungen in Kindheit und Jugendalter lassen sich kaum mehr nachholen. Die zuständigen Einrichtungen haben daher eine große Verantwortung für die Entwicklung der Kinder.

- Für alle Kinder steht in ihrem Stadtteil ein Tagesmutter-, Krippen-, Kindergarten- oder Hortplatz mit flexiblen Öffnungszeiten zur Verfügung.
- Inklusive Konzepte stehen im Vordergrund: Alle Kinder, egal ob mit oder ohne Behinderung, haben ein Recht auf eine umfassende Förderung ihrer Entwicklung.
- Eine hochwertige und preisgünstige Betreuung während der Schulferien bzw. Schließzeiten von Kinderkrippen, -gärten und -horten ist sicherzustellen.

Hohe Einkommen – arme Stadt
Wirtschaft und Finanzen

Das durchschnittliche Einkommen in Erlangen liegt über dem Bundesdurchschnitt, aber die städtischen Steuereinnahmen fallen unterdurchschnittlich aus. Das liegt daran, dass viele Erlanger Beschäftigte im Umland wohnen, große Firmen ihre Gewerbesteuer nicht in Erlangen abführen und die Universität und die Unikliniken keine Gewerbesteuer bezahlen müssen. Außerdem hat eine unsachgemäße Verteilung der Gelder zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Kommunen in Bedrängnis gebracht.

Notwendige Maßnahmen:

- Angleichung der Gewerbesteuer in der Metropolregion.
- Eine stärkere Beteiligung der städtischen Tochtergesellschaften, insbesondere der Sparkasse.
- BürgerInnenanleihen für spezielle Projekte.
- Einführung eines BürgerInnenhaushalts – alle können Vorschläge einbringen.
- Gerechtere Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen und bessere Kontrolle der Unternehmenssteuerzahlungen.
- Ausgaben für Schulen, Kinder- und Jugendarbeit, für soziale Initiativen und Projekte sowie für Bildung, Kultur und Umweltschutz sind lohnende Investitionen.
- Kein Verkauf von "Tafelsilber" (insbesondere städtischer Grundbesitz), da sonst Gestaltungsspielraum vergeben wird.

Vielfalt statt Monokultur

Die soziale Schere hat sich weiter geöffnet: Viele Menschen müssen weit unter dem Einkommensdurchschnitt ihr Leben organisieren. Notwendig ist eine Wirtschaftspolitik, die sich nicht unternehmerischen Einzelinteressen unterordnet, sondern sich an menschlichen Bedürfnissen orientiert:

- Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen. So wäre Erlangen unabhängiger von der Situation in den Großbetrieben.
- Gemeinsames Gewerbeflächenmanagement mit Nürnberg, Fürth, Schwabach und den angrenzenden Landkreisen, um den Flächenverbrauch zu reduzieren.
- Wohnen und Arbeiten: Bei gewerblichen Gebäuden werden auch Wohnungen integriert.
- Sichere und unbefristete Arbeitsverhältnisse bei der Stadt und ihre Tochtergesellschaften. Stellenabbau und Privatisierung sind der falsche Weg.
- Ausgegliederte Tätigkeiten wie die Gebäudereinigung sollen wieder direkt bei der Stadt angesiedelt werden.
- Mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund.
- Unterstützung für Selbsthilfegruppen und Initiativen, die mit fest angestelltem Personal arbeiten.
- Städtische Aufträge werden nach nachhaltigen und ökologischen Kriterien an Unternehmen vergeben, die Sozialstandards einhalten.

1 Susanne Lender-Cassens
Krankenschwester
Stadt- u. Bezirksrätin
OB-Kandidatin
Buckenhofer Siedlung

2 Wolfgang Winkler
Rechtsanwalt
Stadtrat
Innenstadt

3 Dr. Pierrette Herzberger-Fofana
Gymnasiallehrerin
Stadträtin
Bruck

4 Marcus Bazant
kfm. Angestellter
Innenstadt

5 Phöbe Bär
Freie Autorin,
Politikwissenschaftlerin
Sieglitzhof

6 Bernhard Beer
Student
Eisenbahntechnik
Erlangen-Ost

7 Dr. Birgit Marenbach
Bauingenieurin
Büchenbach

8 Harald Bußmann
Fachinformatiker
Stadtrat
Röthelheimpark

9 Ka
Gran
Kultu
schaf
Alter

17 Márta Turcsányi
Angestellte
Ausländer- und Integrationsbeirätin
Burgberg

18 Volker Siepmann
Projektentwickler
Alterlangen

19 Julia Bailey
Rechtsanwältin
Innenstadt

20 Sofrony Riedmann
Geologe
Burgberg

21 Julia Krüger
Gymnasiallehrerin
Röthelheimpark

22 Maximilian Rumler
Promotionsstudent
Innenstadt

23 Liliana Christl
Psychologin
Ausländer- und Integrationsbeirätin
Altstadt

24 André Ferreira Sadlo
Dipl. Wirtschafts-informatiker
Kriegenbrunn

25 C
Mila
Rentn
Ausli
Integ
Burgb

33 Tamara Koschmieder
Gärtnerin
Innenstadt

34 Heinz Szabo Physiker
Ausländer- u. Integrationsbeirat
Erlangen-Süd

35 Bärbel Haak
Rentnerin
Erlangen-Süd

36 Christoph Bichler
Bildungsreferent
Buckenhofer Siedlung

37 Ingrid Säckel
Lehrerin
Hüttendorf

38 Nicolas Schmidt
Lehrer
Poetry Slam "Bybercap"
Innenstadt

39 Maria Josefa Rodriguez
Spanischlehrerin
Innenstadt

40 Thomas Dade
Bildhauer
Röthelheimpark

41 Rotraut Baumbauer
Klavierlehrerin
Anger

42
G
Fa
Er

tharina
mmel
rwissen-
tlerin
angen

10 Herbert
Elsner
kfm. Angestellter
Innenstadt

11 Bianca
Fuchs
Forstingenieurin
Innenstadt

12 Tim
Wening
Student
Anger

13 Sybille
Petsch
Lehrerin
Büchenbach

14 Helmut
Wening
Polizeioberkommissar
Stadtrat
Röthelheim

15 Dr. Claudia
Handtrack
Chirurgin
Innenstadt

16 Klaus
Helgert
Dipl. Physiker
Alterlangen

Carla
n
erin
nder-und
ationsbeirätin
erg

26 Thomas
Keller
Student
Innenstadt

27 Judith
Förster
Studentin
Musikantin
Altstadt

28 Thomas
Springer
Krankenpfleger
Innenstadt

29 Gabriele
Schüßler
Dipl. Sozialpädagogin
Röthelheimpark

30 Christian
Zwanziger
Student
Erlangen-Ost

31 Dr. Inessa
Hellwig-Fábián
Dozentin
Sieglitzhof

32 Till
Fichtner
Historiker
Sieglitzhof

2 Heiner
illenberger
hrradmechaniker
angen-Süd

43 Heike
Herzog
Projekt-
koordinatorin
Röthelheimpark

44 Ton
Barmentloo
Musik-Elektroniker
Innenstadt

45 Astrid
Hahn
Dipl. Pädagogin
Buckenhofer
Siedlung

46 Karl-Heinz
Stammberger
Schienenverkehrs-
unternehmer
Anger

47 Ute
Burkart
Einzelhändlerin
Bruck

48 Jan
Schade
Taxifahrer
Innenstadt

49 Gudrun
Bußmann
Frauenhaus-
mitarbeiterin
Erlangen-Süd

50 Thomas
Meyer
Taxiunternehmer
Zollhaus

ICH KANDIDIERE!

Solidarisch zusammenleben
Für eine soziale Stadt

Wir wünschen uns eine Stadt, in der niemand Not leiden muss. Nur wenn die Stadt den Betroffenen unbürokratisch und effektiv hilft, kann dieser Wunsch Realität werden. Unser Fokus liegt dabei auf der Armut von Kindern, weil ihnen von Anfang an viele Chancen genommen werden. Aber auch Altersarmut, die Lebenssituation von Arbeitslosengeld II- und SozialhilfeempfängerInnenund den wachsenden Bereich der „working poor“ (Menschen, die von ihrem Einkommen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können) müssen wir dringend angehen. Nur so schaffen wir für alle Menschen die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe.

- Wichtig ist der Zugang für alle zu sämtlichen sozialen, kulturellen, sportlichen und bildenden Einrichtungen z.B. mit der Einführung eines Erlangen Passes und den seit Jahren geforderten Sozial- und Semestertickets.
- Gegen Kinderarmut könnte ein Sonderhilfsprogramm der Stadt erstellt werden, welches auch eine zusätzliche finanzielle Förderung beinhaltet. Die optimierte Lernförderung im Rahmen des Bildungspaketes ist auszubauen. Bildung ist der beste Weg, um langfristig sozialer Ungleichheit vorzubeugen.
- Einrichtungen wie die Schuldnerberatung, die Erlanger Tafel, die Erlanger Obdachlosenhilfe e. V. oder der Sozialtreff Erlangen e. V. müssen dauerhaft und ausreichend finanziell unterstützt werden.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse

Viele Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt liegen nicht im kommunalen Einflussbereich und werden von uns mit großer Sorge verfolgt. Erlangen hat die Verantwortung für die städtischen Beschäftigten und sollte dieser auch gerecht werden:

- Keine Privatisierungen von städtischen Arbeiten
- Die Stadt und ihre Tochtergesellschaften greifen bislang nicht auf Leiharbeitsverhältnisse zurück - das muss so bleiben
- Befristete Arbeitsverhältnisse sind bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften auf das absolute Mindestmaß zu reduzieren
- Damit „working poor“ endlich der Vergangenheit angehören, muss es einen verbindlichen Mindestlohn geben
- Mehr Teilzeitstellen statt 450€-Jobs und eine grundsätzliche Überarbeitung des Mini-Job-Modells

Falscher Weg „Hartz IV“

„Hartz IV“ ist grundsätzlich der falsche Weg. Allen sollen ausreichend finanzielle Mittel für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung stehen. Die bloße Weiterentwicklung dieses Gesetzes kann nicht unser Ziel sein. Wir brauchen einen emanzipatorischen Ansatz: eine Grundsicherung ohne Repression.
Das sogenannte Hartz IV-Gesetz ist ein Bundesgesetz. Trotzdem hat die Stadt Erlangen mehr Möglichkeiten, als nur das gesetzlich vorgeschriebene Arbeitslosengeld II an

die Betroffenen auszuzahlen. Die Gesetzgebung muss viel stärker zu Gunsten der Betroffenen ausgelegt werden:

- Die Beschäftigten im Sozialamt sind anzuweisen, künftig ihren Ermessensspielraum stets zu Gunsten derjenigen auszuschöpfen, die den Antrag stellen.
- Bei den unter 25-Jährigen ist grundsätzlich ein berechtigtes Interesse zu bejahen, wenn diese aus der elterlichen in eine eigene Wohnung umziehen wollen.
- Die Antragstellenden werden übermäßig ausgeforscht und überprüft, angeblich um einen sozialen Missbrauch zu vermeiden. Ein Bruchteil dieses Nachforschungsaufwandes würde z.B. im Bereich der Gewerbesteuer die Stadtkasse um ein Vielfaches füllen.
- EmpfängerInnen von Transferleistungen ist das Recht einzuräumen, eine angebotene Arbeitsstelle abzulehnen, wenn der Mindestlohn unterschritten wird.
- Die Übernahmehöhe der Unterkunftskosten ist für Erlanger Verhältnisse viel zu gering. Hier wäre eine angemessene Anhebung um mindestens 20 % erforderlich.
- Notwendig ist auch ein sogenannter 3. Arbeitsmarkt, d.h. öffentlich finanzierte reguläre Arbeitsplätze für Menschen, die nicht in den 1. oder 2. Arbeitsmarkt vermittelt werden können.

Barrierefreie Stadt

Alle Stadtratsfraktionen sind sich darüber einig, dass Erlangen so weit wie möglich barrierefrei sein soll. Wir setzen uns für größtmögliche Mobilität ein:

- Öffentliche Gebäude und Schwimmbäder müssen barrierefrei zugänglich sein und behindertengerechte Toiletten haben. Auch Internetangebote und Neue Medien sollen barrierefrei gestaltet sein. Von Seiten der Stadt ist darauf hinzuwirken, dass auch private kulturelle, soziale und sportliche Einrichtungen barrierefrei gestaltet werden.
- Busse und Haltestellen (auch die Lesbarkeit der Fahrpläne) müssen behindertengerecht ausgestattet sein.

Ein Dach für alle

In der Regel bedeutet Obdachlosigkeit einen massiven sozialen Abstieg. Die Erlanger Obdachlosenunterkünfte sind meist nicht mehr als menschenwürdig zu bezeichnen. Vor allem alleinstehende Obdachlose werden immer mehr in Gebieten angesiedelt, in denen auf Grund des Verkehrslärms „normales“ Wohnen überhaupt nicht zulässig ist.

- Die Wohnungen für Obdachlose müssen Mindeststandards genügen. Dazu zählt die Einhaltung der Emissionsgrenzen, die für normale Wohnungen gelten.
- Allen obdachlosen Menschen ist innerhalb von drei Monaten eine Sozialwohnung mit einer bezahlbaren Miete anzubieten. Hier muss die städtische Tochtergesellschaft GeWoBau GmbH der Stadt das Recht einräumen, auch entgegen dem Vergabeplan Bedürftigen Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Lernen unter optimalen Bedingungen
Schulen in Erlangen

In Bayern gibt es leider eine sehr weitgehende Trennung der Bildungswege mit geringer Durchlässigkeit nach oben und hohem Leistungsdruck. Gerade Kinder aus sozial schlechter gestellten Familien, Kinder mit Behinderungen und solche mit Migrationshintergrund haben hier schlechte Karten. Obwohl Schulpolitik in erster Linie Ländersache ist, kann die Stadt Einfluss nehmen: beispielsweise bei der Ausstattung der Schulen. Unser Ziel ist eine hochwertige schulpädagogische Betreuung, auch am Nachmittag, und energietechnisch sanierte und gut ausgestattete Schulen.
Das Ziel, Kindern mit Migrationshintergrund bessere Schulabschlüsse zu ermöglichen, wird in Erlangen nicht annähernd erreicht, die groß ins Szene gesetzte Bildungsoffensive ist wirkungslos verpufft.

Notwendige Maßnahmen:

- Mehr Ganztagsklassen und Ausbau der Mittagsbetreuung
- Fortlaufende Sanierung der Schulen in den Bereichen Brandschutz, Energiesparsamkeit, barrierefreier Zugang, Sanitärräume, PC-Ausstattung und räumliche Maßnahmen
- Ein ökologisches und gesundes Angebot an Nahrungsmitteln
- Förderung des Wahlunterrichts an den Schulen
- Durch den Anstieg des Nachhilfebedarfs im Zuge der Einführung des G8 die deutliche Erweiterung des kostenlosen Nachhilfeangebots an Schulen
- Medienbildung und Medienerziehung für pädagogisches Personal und Eltern
- Ausbau der schulpsychologischen und sozialpädagogischen Betreuungsangebote
- Einrichtung einer Stelle für interkulturelle Elternarbeit an Schulen und Kindergärten zur besseren Koordination und Vernetzung von Personal
- Ausbau des KS:ER – „Kulturservice Erlangen für Schulen und Kitas“ als kommunales Netzwerk zur Förderung der kulturellen Bildung

Bildung fängt mit „K“ an –
Mehr Platz für die Kulturszene

Die Erlanger Kulturszene ist geprägt von den großen Events: Figurentheaterfestival, Poetenfest und Comic-Salon.
Die Stadt betreibt zahlreiche Kultureinrichtungen wie Theater oder Musikschule.
Neben den städtischen Einrichtungen wird die Kulturszene von vielen privaten Einrichtungen und Initiativen gestaltet wie dem E-Werk, kleinen Kinos oder studentisch organisierten Festivals.

Im Bereich der Jugend-, der Breiten- und der Subkultur besteht Nachholbedarf, wir legen Wert darauf, dass Kultur für alle zugänglich und bezahlbar ist.

Bildung als Schlüssel zur selbstständigen Lebensführung

Erlangen ist „Bildungsregion in Bayern“. Wichtig sind umsetzbare und finanziell entsprechend ausgestattete Maßnahmen, im Mittelpunkt sollten integrative und inklusive Bildungsprojekte stehen.
Den Erlanger Bildungseinrichtungen sind enge finanzielle Grenzen gesetzt. Nötig ist, bestehende Einrichtungen wie die VHS und die Stadtbibliothek einem „bildungsfernen“ Zielpublikum besser zugänglich zu machen und eine bessere Ausstattung des Stadtmuseums zu sorgen.
Aufgrund des demographischen Wandels braucht Erlangen Bildungsangebote, die für Menschen aller Generationen und Herkünfte in allen Stadtteilen zugänglich sind. Wir wollen besonders für ältere Menschen mit Migrationshintergrund mehr Bildungs- und kulturelle Angebote.

Gestaltungsmacht für Frauen

Trotz eines verbesserten Ausbildungsniveaus und einer gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen, gibt es zwischen Frauen und Männern erhebliche Unterschiede in den Karriereverläufen und bei den Einkommensmöglichkeiten.
Die Hartz IV-Sozialgesetzgebung hat die Chancengleichheit in der Arbeitswelt keinen Schritt voran gebracht. Im Gegenteil: Frauen werden vermehrt in die Mini- und Midi-Jobs abgedrängt. Sie sind häufig allein zuständig für die unbezahlte, ehrenamtliche Familienarbeit. Besonders alleinerziehende Frauen sind inzwischen in hoher Zahl auf Hartz IV angewiesen. Obwohl sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert haben, ist das Angebot an familiengerechten Arbeitsplätzen zu gering.

- Wir brauchen weitere Krippen- und Kindergartenplätze, Mittags- und Nachmittagsbetreuungsmöglichkeiten für alle SchülerInnen.
- Gewalt gegen Frauen ist ein ernsthaftes Problem. Notwendig ist eine bessere Unterstützung von Projekten vor Ort für Frauen mit Gewalterfahrung. Bei der Stadtplanung müssen sogenannte Angsträume in Straßen, Plätzen, Parks vermieden werden.
- Gerade Frauen mit Migrationshintergrund werden häufig benachteiligt. Deshalb treten wir ein für den Ausbau von Integrationsangeboten von und für Frauen und für die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle, bei der sich Mädchen und Frauen beschweren können.

Leben jenseits der Geschlechterrollen

Vielfalt bereichert die Stadt

Die Grüne Liste steht für die Anerkennung und Gleichberechtigung schwuler, lesbischer, transidenter bzw. transgender Lebensformen und ein aktives Engagement gegen deren Diskriminierung.

Gegen Diskriminierung und Gewalt

Über 70 % der Lesben und Schwulen haben bereits am Arbeitsplatz Diskriminierungen erlebt. Die Kommune kann und soll für andere ArbeitgeberInnen Vorbildfunktion im Umgang mit homo-, bi- und transsexuellen Beschäftigten übernehmen.

- Mehr Akzeptanz für spezifische Lebensentwürfe, Schutz von Treffpunkten
- Unterstützung von Diskriminierungsopfern

Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe

Erlangen versteht sich als offene und liberale Stadt, in der Akzeptanz und Offenheit gelebt werden. Folgende Ansätze sind sinnvoll:

- Aufklärung über Homo-, Bi- und Transsexualität an Schulen, entsprechende Weiterbildungsangebote für Lehrende
- Erziehung von Kindern und Jugendlichen zur notwendigen Akzeptanz, Vermittlung der unterschiedlichen Lebensweisen. In Bildungs- Kultur- und Jugendeinrichtungen sollten Angebote für Lesben und Schwule geschaffen werden. Gleichberechtigte Darstellung schwuler und lesbischer Lebensformen
- Finanzielle Unterstützung bestehender Strukturen von LSBT (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender), wie z.B. Fliederlich e.V.
- Präventive Gesundheitspolitik: Förderung von Selbsthilfe- und Beratungsprojekten
- Sicherung des Rechts auf selbstbestimmte Sexualität in ambulanten und stationären Einrichtungen
- Miteinbeziehen schwuler und lesbischer Geschichte in lokale Archive und Geschichtsschreibung,

Immer in Bewegung bleiben

Sport hält fit, macht Spaß und hilft, „Zivilisationskrankheiten“ zu vermeiden. Wir setzen uns für eine Sportförderung ein, die alle Sozial- und Altersschichten einbezieht - sowohl im Verein als auch privat, und auf mehr Möglichkeiten für alle, in der Stadt aktiv Sport zu betreiben:

- Allgemeine Öffnung der Sportplätze und Schulhöfe für Kinder und Jugendliche, Schaffung neuer Plätze und Bahnen für Trendsportarten
- Bessere Unterstützung von Behindertensportgruppen
- Ermäßigter Sportvereintarif für finanziell Schwächergestellte
- Nachhaltige Förderung von Sport außerhalb von Vereinsstrukturen
- Neubau eines Hallenbades beim Freibad West. Dort muss auch die Technik und der Sprungturm saniert werden.
- Erweiterung der bestehenden Sporthallen für Schulsport oder der Neubau einer Sporthalle, wenn dieser finanzierbar ist.
- Die „Aktivkarte“ für Ehrenamtliche soll beibehalten werden und Preisnachlässe für Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie SozialhilfeempfängerInnen sind zu erhöhen.

Über den Tellerrand
Städtepartnerschaften und internationale Beziehungen

Städtepartnerschaften leisten einen Beitrag zum Abbau von Intoleranz, Vorurteilen und Rassismus. Sie sind auch ein Teil des kulturellen Lebens. Im Mittelpunkt sollte aber das persönliche Engagement aus der Bevölkerung heraus stehen, denn nur dieses füllt die Partnerschaften mit Leben.
Die Stadt hat acht offizielle Städtepartnerschaften und zahlreiche weitere partnerschaftliche Kontakte in fast alle Kontinente. Leider gibt es noch keine Städteverbindung mit dem afrikanischen Kontinent.
Die Partnerschaft mit San Carlos (Nicaragua) hat sich in den letzten Jahren verfestigt und wird vom Partnerschaftsverein Erlangen - San Carlos mit Leben gefüllt. Dieses Beispiel zeigt, dass Partnerschaft keine Frage der Entfernung, sondern des Wollens und der Unterstützung durch den Stadtrat ist.

Friedensarbeit ist für die Grüne Liste ein wesentlicher Bestandteil von internationalen Beziehungen.

Besonders erwähnenswert ist hier die „Städtepatenschaft“ mit der norditalienischen Gemeinde Cumiana.
Dort verübten 1944 deutsche Truppen – wie auch in vielen anderen Orten in den damals von Deutschland besetzten Gebieten in Italien – ein Massaker an der Zivilbevölkerung. Ein Brief des Erlanger Bündnisses für Frieden und von der Grünen Liste unterstützte Recherchen des Erlanger Vereins zur Förderung alternativer Medien fädelten die Beziehungen ein. Inzwischen findet ein reger Austausch zwischen den beiden Kommunen statt.

- Die Grüne Liste unterstützt die Arbeit der Vereine und Initiativen, die in diesem Bereich engagiert sind und die Städtepartnerschaften am Leben erhalten. Dafür müssen ausreichend Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Grenzenlos offen

Willkommenskultur aus Tradition

„Offen aus Tradition“ ist ein häufig verwendeter Erlanger Slogan. Besonders für Flüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen, MigrantInnen mit Behinderung und andere Menschen ohne deutschen Pass sieht die Wirklichkeit leider anders aus. Gerade die Erlanger Ausländerbehörde sorgte mit ihrer harten Linie für Schlagzeilen. Im Herbst 2011 machten Initiativen, die in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind, auf die Missstände in Erlangen aufmerksam und fanden bundesweit Beachtung. Daraus entstand die Kampagne für eine bessere „Willkommenskultur“. Auf Initiative der Grünen Liste sprach sich auch der Stadtrat für das Ausschöpfen von Handlungsspielräumen zu Gunsten von Flüchtlingsinteressen aus. In der Ausländerbehörde weht inzwischen ein anderer Wind.
Der kommunale Handlungsspielraum ist sehr begrenzt. Ein grundsätzlicher Politikwechsel ist nur auf Landes- und Bundesebene zu erreichen. Die Grüne Liste unterstützt Kampagnen und Organisationen, die überregional für die Rechte von MigrantInnen aktiv sind. Dazu gehört auch die Kampagne „kommunales Wahlrecht für alle“, die erreichen will, dass neben EU- auch Nicht-EU-BürgerInnen wählen können.
Der Erlanger Stadtrat hat ein Integrationsleitbild beschlossen, das auch die Forderung beinhaltet, in den öffentlichen Verwaltungen mehr Menschen mit Migrationshintergrund entsprechend ihres gesellschaftlichen Anteils anzustellen. 23 % aller Menschen in Erlangen haben Migrationshintergrund. Wenigstens auf der GL-Stadtratsliste für die Kommunalwahl 2014 spiegelt sich dieser Anteil wider.

Weitere Anträge der Grünen Liste:

- Projekte, die der Integration von Menschen mit anderer Muttersprache dienen (Mama spricht Deutsch, BIG - Bewegung als Investition in Gesundheit, Die Begleiter), werden ausgebaut. Für die interkulturelle Elternarbeit wird eine Stelle geschaffen, damit die schulischen Bildungschancen für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund wirksam erhöht werden.

- Die auf Initiative von Flüchtlingsinitiativen und der Grünen Liste beschlossene Selbstverpflichtung der Stadt, bestehende Gesetze grundsätzlich zu Gunsten der Betroffenen auszuschöpfen, ist konsequent umzusetzen.
- In überregionalen Gremien wird auf eine Abschaffung der sogenannten Residenzpflicht hingewirkt. Die Residenzpflicht ist eine Vorschrift, die es Flüchtlingen in Bayern verbietet, den Regierungsbezirk und einen angrenzenden Landkreis des benachbarten Regierungsbezirk ohne Genehmigung zu verlassen.
- Programme und Initiativen, die den Anteil an Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit Migrationshintergrund fördern, werden uneingeschränkt unterstützt.

Entschieden gegen Rechts

Erlangen engagiert sich in verschiedenen Netzwerken gegen Rechts in der Region. U. a. ist die Stadt der „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus“ und der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion“ beigetreten. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat sich der Stadtrat gegen rechtes Gedankengut oder Auftreten in Erlangen positioniert. Zuletzt forderte ein einstimmiger Stadtratsbeschluss von der Universität, einen Weblink zur Burschenschaft „Frankonia“ von der offiziellen FAU-Webseite zu entfernen. Leider ist die Unileitung dieser Bitte nicht nachgekommen. Die Erlanger Burschenschaft „Frankonia“ unterhält Verbindungen zur Neonaziszene und bedient das rechte Spektrum mit Vorträgen.

In Erlangen und im Umland gibt es rechte Strukturen mit Verbindungen ins rechtsterroristische Spektrum. Vor allem ist das „Freie Netz Süd“ (FNS) in Franken aktiv, Verbindungen zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) sind bekannt. Inzwischen ist auch bekannt geworden, dass die fränkischen Neonazistrukturen von V-Leuten und mit Geldern des Verfassungsschutzes gefestigt wurden.

Nachwuchs wird in der Neonazi-Szene vielfach über Musikveranstaltungen geworben. Dabei öffnen nicht nur Auftritte von eindeutigen Rechtsrock-Bands die Türe in die innere Szene. Eine Schlüsselrolle spielen auch Bands der sogenannten „Grauzone“, wie z.B. „Freiwild“, die sich selbst als „unpolitisch“ bezeichnen. Eine Abgrenzung gegen „Grauzone“-Bands erfolgt meist viel zu wenig.

- Initiativen, Vereine und Gruppen, die sich gegen Rechts engagieren, müssen von städtischer Seite besser unterstützt werden. Die Stadt wirkt auf Musik- und Kultureinrichtungen hin, keine Möglichkeiten für Auftritte von Rechtsrock- und Grauzone-Bands zu bieten.
- Präventionsprojekte wie „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ werden weiter ausgebaut. Veranstaltungen wie die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ erhalten eine sichere Grundlage.

Demokratische Stadt
Mitbestimmung und Transparenz

Die Menschen wollen mitentscheiden, was in ihrer Stadt passiert. Gerade in Zeiten, in denen viel von Politikverdrossenheit geredet wird, zeigen Stuttgart 21 oder das Nein zu Olympia in München, dass dem nicht so ist.
Gelebte Demokratie braucht Transparenz und eine Vertrauensbasis zwischen Politik und Wählerschaft. Öffentlich nachvollziehbare Entscheidungsprozesse und eine stärkere direkte Einflussnahme auf wichtige Entscheidungen fördern dies. Hierzu ist auch ein besseres Informations-, Antrags- und Rederecht in den entsprechenden Stadtratsgremien Voraussetzung.

Schritte für mehr Mitbestimmung:

- Stärkung der Rechte von Jugendparlament, SeniorInnenbeirat, Ortsbeiräten und AusländerInnenbeirat
- Bessere Internet- und Medienpräsenz, z.B. ein Livestream der Stadtratssitzungen
- Einführung eines BürgerInnenhaushalts zum Mitspracherecht über frei verwendbare Haushaltsmittel
- Ausweitung der Ortsbeiräte auf das gesamte Stadtgebiet

Bürgerprojekt Stadt-Umland-Bahn

Die StUB ist eines der zentralen Projekte unserer Stadt. Kritik und Ideen der Bürgerinnen und Bürger hierzu müssen in allen Phasen systematisch eingebunden werden. Nötig ist bei Planung und Bau der StUB folgende Punkte zu beachten:

- Einberufung eines Projektbeirats, d.h. Begleitung des Planungsprozesses durch verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen
- Befragung von Bürgerforen/Planungszellen zu konkreten Problemfällen
- Einberufen einer Mediation zur Konfliktbeseitigung und Konsensfindung

Vital-Infrastruktur in öffentlicher Hand

Immer mehr Aufgaben der Stadt werden auf Tochtergesellschaften übertragen oder privatisiert. Das entzieht sie der Kontrolle durch den Stadtrat, z.B. wie der Abfall beim Grünen Punkt tatsächlich verwertet wird. Bei der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau GmbH oder den Erlanger Stadtwerken sind die Aufsichtsratssitzungen grundsätzlich nicht öffentlich. Verkehrswesen, Gas-, Wasser-, und Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr und Abwasser müssen aus unserer Sicht in öffentlicher Hand bleiben um die Daseinsvorsorge fair, langfristig und qualitativ hochwertig zu erhalten. Nur so bleibt demokratische Kontrolle und Orientierung am Allgemeinwohl möglich.

Besser wären:

- Öffentliche Durchführung bzw. Ergebnisinformationen der Sitzungen von Aufsichts- und Verwaltungsräten
- Keine Verlagerung auf Tochtergesellschaften und Privatisierungen.

Selbstständigkeit für ältere Menschen

Altersgerecht leben in Erlangen

Viele SeniorInnen sind fit, haben Spaß am Leben und wollen sich selbstbewusst in unsere Gesellschaft einbringen. Damit sie das können brauchen wir eine barrierefreie Stadt Erlangen in der die freie Bewegung in der Stadt und mit dem ÖPNV für alte Menschen gewährleistet ist. Wir fordern im Dunkeln beleuchtete Fahrpläne, in einer großen und gut lesbaren Schrift sowie Bänke, die in der Innenstadt zum Ausruhen und Verweilen dienen können.
Altenpolitik muss sich auch auf die heterogene Gruppe der MigrantInnen einstellen. Wir setzen uns für eine interkulturelle Öffnung und Modernisierung der Altenhilfe durch gezielte Kooperation mit MigrantInnen-Organisationen ein.

Selbstbestimmt wohnen

Die meisten Menschen wollen im Alter weiterhin in ihren Wohnungen leben. Mit der Schaffung von Hilfsangeboten und der Verbesserung ambulanter Dienste ist das möglich. Daneben brauchen wir neue Konzepte des gemeinschaftlich organisierten Zusammenlebens, beispielsweise in Pflege- und Wohngemeinschaften.

Hier setzen wir an:

- Vermehrter Bau von altersgerechten Wohnungen
- Förderung von Mehrgenerationenhäusern, in denen jung und alt zusammen wohnen
- Ausbau der ambulanten Dienste
- Bewahrung eines Höchstmaßes an Eigenständigkeit und persönlicher Würde bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit

Altersarmut begegnen

Altersarmut ist auch in Erlangen ein Problem, das in den nächsten Jahren noch deutlich zunehmen wird.
Es gibt immer mehr Menschen, die gezwungen sind, ihre Rente durch Jobs aufzubessern. Betroffen sind vor allem ältere und alleinstehende Frauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die von Altersarmut betroffen sind menschenwürdig leben können und Unterstützung erhalten. Außerdem wollen wir die Weichen auf dem Arbeitsmarkt so stellen, dass die Altersarmut beseitigt wird.

Weitere Informationen

Personen - Politik - Programm:

www.gl-erlangen.de

twitter.com/grueneliste

facebook.com/gruene.liste

IMPRESSUM
Herausgeberin: GRÜNE/Grüne Liste
Friedrich-List Str. 10, 91054 Erlangen
Gestaltung/V.i.S.d.P.: Wolfgang Most
gedruckt auf Recyclingpapier mit
Druckfarben auf Pflanzenölbasis
www.erlangen2014.de t. 09131-862781

ERLANGER FRÜHLING

STADTRATSWAHL 16. MÄRZ:

Liste 4 - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/Grüne Liste